

II-1175 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 636 /J

1984-03-29

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. KOHLMAIER, Dr. HUBINEK, HEINZINGER,
Dr. PUNTIGAM, Dr. SCHWIMMER

und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

und an den Bundesminister für soziale Verwaltung

betreffend ständige Belastung und Beunruhigung der österreichischen Bevölkerung

Die Sozialistische Koalitionsregierung ist erst seit etwas mehr als 300 Tagen im Amt und die Belastungen der Österreicherinnen und Österreicher haben innerhalb von wenigen Monaten enorme Ausmaße erreicht.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Einführung der Spargbuchsteuer, Erhöhungen von anderen Steuern, Gebühren und Tarifen haben dazu geführt, daß die Teuerung sprunghaft anstieg und vor allem die Menschen mit kleinerem Einkommen schwer getroffen wurden.

Während die Auswirkungen der falschen Wirtschaftspolitik der sozialistischen Koalitionsregierung, insbesondere der Steuererhöhungen, sichtbar werden, stehen neue Belastungen bevor.

So werden demnächst als Folge des sozialistischen Belastungspakets die Mieten in Österreich früher erhöht, als dies ohne Belastungspaket der sozialistischen Koalitionsregierung der Fall gewesen wäre.

Nach dem Mietengesetz steigen nämlich die sogenannten Kategorienzinse, wenn der Verbraucherpreisindex (seit 1.1.1982) die 10 %-Grenze übersteigt.

Da infolge der Teuerungspolitik der sozialistischen Koalitionsregierung diese 10 %-Grenze seit Feber 1984 durchstoßen ist,

können und werden die Mieten demnächst um diesen Prozentsatz erhöht werden.

Dies trifft vor allem die sozial bedürftigen Mieter in den Gemeindewohnungen, von denen sich viele wegen der gestiegenen Heizkosten die Wohnung schon jetzt nicht mehr leisten können.

Die nunmehr zweite Mietenerhöhung in den Wiener Gemeindebauten (die erste gab es bereits am Anfang des Jahres als direkte Folge der Erhöhung der Mehrwertsteuer) soll allerdings erst nach den Arbeiterkammerwahlen mitgeteilt und durchgeführt werden.

Diese zweite Mietenerhöhung macht den wirtschaftspolitischen Teufelskreis sichtbar, in den sich die Regierung Sinowatz/Steger durch die ständigen Belastungen der österreichischen Steuerzahler begeben hat:

- Die Erhöhung der Mehrwertsteuer hat zu einer Verteuerung der Lebenshaltungskosten geführt und den Index dramatisch in die Höhe getrieben.

Folge Nr. 1:

Essen und Energie wurden teurer.

- Die Steigerung des Verbraucherpreisindex hat die 10 %-Klausel viel früher als notwendig wirksam werden lassen.

Folge Nr. 2:

Die Mieten werden um mehr als 10 % erhöht.

- Die Mietzinse sind wieder ein wichtiger Faktor bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex.

Folge Nr. 3:

Der Index wird durch die neuerliche Mietenerhöhung überproportional ansteigen.

- Das Ansteigen des Index wird zu weiteren Teuerungen und zu einem neuerlichen Verlust an Stabilität führen.

Wenn die Regierung ihre bisherige Politik fortsetzt, wird sie wiederum zu schweren Belastungen der Steuer- und Beitragszahler Zuflucht nehmen.

Die Auswirkungen der Politik der sozialistischen Koalitionsregierung sind heute bereits objektiv feststellbar:

- + Mit einer Inflationsrate von 5,7 % ist Österreich ein teures Land geworden.
- + Die Zahl der Arbeitslosen ist um fast 10.000 höher als im Vorjahr.
- + Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist mit 50.000 erschreckend hoch.

In dieser Situation - und darüber können eine stärkere Auslandsnachfrage und entsprechende positive Entwicklungen beim Export nicht hinwegtäuschen - würde Österreich eine aktive, entscheidungsfreudige, dynamische Regierung brauchen, deren Mitglieder neben der fachlichen Qualifikation auch das öffentliche Vertrauen in ihre politische Handlungsfähigkeit besitzen.

Die an sich nicht gerade entscheidungsfreudige Regierung Sinowatz wird aber in dieser äußerst sensiblen und kritischen Zeit noch zusätzlich durch die Minister Dr. Salcher und Dallinger belastet, die in den letzten Monaten immer mehr Vertrauen verloren haben und deren fachliche Eignung auch von immer mehr Sozialisten in Zweifel gezogen wird.

Die Kritikpunkte sind bekannt:

Finanzminister Dr. Salcher ließ, nachdem er sich mit horrenden Fehleinschätzungen blamiert hatte, das Defizit des Staatshaushaltes in enorme Höhen ansteigen, trägt die Verantwortung für ein Belastungspaket, das jedem erwerbstätigen Österreicher im heurigen Jahr zusätzlich 9.000 Schilling kostet, führte die abenteuerliche Araberfinanzierung für das Konferenzzentrum durch und empfahl Menschen, die sich die Heizkosten nicht mehr leisten können, indirekt, sie mögen im Wald Holz sammeln.

Sozialminister Dallinger wiederum tut alles, um selbst zaghaft aufkommenden Optimismus in der Wirtschaft wieder zu dämpfen. Er verfolgt ohne Rücksicht auf die negativen Auswirkungen seiner Politik die generelle Einführung der 35-Stundenwoche, kündigt unüberlegt die Einführung einer Maschinensteuer an und ist nicht bereit, mit einem umfassenden Programm die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Finanzminister Dr. Salcher scheint in seinem Ministerium die höhere Besteuerung der Abfertigungen, der Überstunden, des 13. und 14. Monatsgehaltes zu überlegen - und plant die Abschaffung des Kfz-Pauschales.

Sozialminister Dallinger wieder beunruhigt vor allem die älteren Menschen durch die Ankündigung von Pensionskürzungen und plant eine generelle Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge.

Sowohl Finanzminister Dr. Salcher als auch Sozialminister Dallinger spüren den starken Verlust ihrer öffentlichen Reputation.

Dr. Salcher flüchtet in immer skurrilere Aktionen, wie der wenig durchdachten Investitionsprämie,

- 5 -

Dallinger wiederum flüchtet in antiquierte Klassenkampfparolen, um sich wenigstens den linken Rand seiner Partei zu sichern.

All dem sieht der Bundeskanzler tatenlos zu, während in vielen Bereichen der SPÖ aber auch der FPÖ deutlich eine Ablöse dieser beiden Minister ersehnt wird.

Es besteht eine Fülle ungelöster Probleme. Die Österreicher werden mit gewaltigen Belastungen und schmerzlichen Einkommenseinbußen konfrontiert. Gerade in dieser Situation werden neue Maßnahmen vorbereitet, welche die soziale Situation außerordentlich verschärfen und eine Abwärtsspirale mit unabsehbaren Folgen in Gang setzen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher folgende

A n f r a g e

A) an den Bundesminister für Finanzen:

- 1) Sind seitens Ihres Ressorts Maßnahmen geplant, um sozial schwachen Mitbürgern die von der Teuerungspolitik der Bundesregierung verursachte zweimalige Mietenerhöhung abzugelten ?
- 2) Welche steuerliche Begünstigungen sollen im Zuge Ihrer sogenannten kleinen Steuerreform gestrichen oder verringert werden ?
- 3) Werden Sie im Rahmen der sogenannten kleinen Steuerreform eine seit Jahren überfällige Tarifsenkung vorschlagen ?

B) an den Bundesminister für soziale Verwaltung:

- 1) Sind seitens Ihres Ressorts Maßnahmen geplant, um sozial schwachen Mitbürgern die von der Teuerungspolitik der Bundesregierung verursachte zweimalige Mietenerhöhung abzugelten ?
- 2) Bleiben Sie trotz der gewaltigen Steigerung der Belastungen und Lebenshaltungskosten bei Ihren Vorhaben
 - a) die jährliche Pensionsanpassung zu verschlechtern ?
 - b) durch neue Ruhensbestimmungen allein die Witwenpensionen um 400 - 500 Mio.S zu kürzen ?
- 3) Wie soll die von Ihnen und Minister Blecha kürzlich vorgeschlagene Maschinensteuer konkret aussehen und wann soll sie nach Ihrer Auffassung eingeführt werden ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.